

Susanne Leinemann

Die alten und die neuen Zeiten

Die Wiedervereinigung als Heilmittel für die Nation?



©: Steffen Jänicke

Susanne Leinemann, geb. 1968 in Hamburg, Studium der Geschichte und Philosophie in Bochum, Mexico City und Jena, Ausbildung an der Deutschen Journalistenschule (DJS) in München, Redakteurin im Feuilleton der „Welt“, Reporterin bei der Zeitschrift „Max“ und zuletzt Buchautorin „Aufgewacht. Mauer weg“ bei der DVA.

In den letzten Jahren der alten Bundesrepublik, 1986, schrieb die Meinungsforscherin Elisabeth Noelle-Neumann einen Text, der die Überschrift „Nationalgefühl und Glück“ trug. Auf 54 Seiten, von vielen Tabellen und Umfragewerten unterstützt, war sie dem Charakter des bundesdeutschen Bürgers auf der Spur. Ihr Ergebnis: Der Westdeutsche wirke - im internationalen Maßstab - wie ein Neurotiker durch und durch. Im Vergleich mit anderen Nationen, mit Amerikanern, Japanern oder Europäern, glichen die Selbstbetrachtungen der Bewohner des Landes zwischen Hamburg und München, zwischen Kassel und Aachen den Charakterzügen einer Woody-Allen-Figur: Man war überdurchschnittlich traurig, lethargisch, hatte mehrheitlich keine Lust, etwas zu unternehmen; sei oft niedergeschlagen, einsam und gereizt. Auch um die persönliche Gesundheit stand es, nach eigenem Empfinden, nicht sehr gut. Die sonst positiven, aufbauenden Elemente des Lebensalltags würden dagegen in diesem Land regelrecht unterschlagen, meinte Noelle-Neumann damals. So waren nur 15 Prozent der Bundesdeutschen stolz auf Beruf und Arbeit - statt wie in Amerika 83 Prozent oder 79 Prozent in England. Auch in Familien sei es vielen wichtiger, sich mit der Elterngeneration kritisch auseinanderzusetzen, sich von ihr zu distanzieren, als Familiensinn zu entwickeln.

Also, schloss Frau Noelle-Neumann damals, müssten „etwas wie innere Verletzungen“ bei den Bundesdeutschen vorliegen – „etwas, das man oberflächlich eine neurotische Disposition nennen könnte, eine dünne Haut, gereizt und zerbrochener Stolz.“ Dieses Land zeige Symptome einer „verletzten Nation“, die auch zu Misstrauen in das Politiksystem, in staatliche Institutionen, in althergebrachte Werte und natürlich zu persönlichem Unglücksgefühl führten. Dabei, so der Subtext ihrer Vorwende-Analyse, gebe es gar keinen rechten Grund zur depressiven Grundstimmung. Das Land sei - abgesehen von normalen nationalen Problemen - eigentlich ziemlich gesund; nur die Bevölkerung sei leider so krank wie ein Märchenvolk, das nach einem bösen Zauber in jahrelangen traumlosen Schlaf verfällt und sich

trotz üppiger Landschaften, satter Ernten auf den Feldern und emsig klappernder Mühlen am Bach nicht mehr regen kann.

Rund 15 Jahre später sorgt ein anderer Text für Aufregung - an einem normalen Dienstag abgedruckt im Feuilleton der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Der Historiker Arnulf Baring, konservativer Denker der „Berliner Republik“, ruft die Bürger auf die Barrikaden. Deutlich haben sich nach über einem Jahrzehnt hier die Maßstäbe verschoben: Nun ist das Land *malade*, aber die Bevölkerung, die darin lebt und arbeitet, gesund und tatkräftig - abgesehen von einer weltfremden, reformverhindernden Politikaste. „Es geht um etwas Selbstverständliches, Banales, nämlich endlich um die Einsicht, dass Deutschland schon lange chronisch krank ist, dass wir seit drei Jahrzehnten über unsere Verhältnisse gelebt haben“, schreibt Baring. Das sei „weiten Teilen der Bevölkerung inzwischen völlig klar (obwohl das unsere Parlamentarier, denen ihr Volk fremd ist, nicht wahrhaben wollen)“, behauptet er weiter. Deshalb müsse die Bevölkerung jetzt zu Widerstandsformen greifen, ein zweites selbstbewusstes „Wir sind das Volk“ solle auf Straßen und Marktplätzen des Landes erschallen, um die deutsche Talfahrt zu bremsen. Baring ruft nicht weniger als den nationalen Notstand aus.

Was ist passiert? Wie wurde aus einem kranken Volk in einem gesunden Land ein krankes Land mit gesunder Bevölkerung? Ohne Frage liegt 1989 dazwischen, Mauerfall und Wiedervereinigung - Daten und Ereignisse, die diese Republik bis in die entlegensten Zellen ihres Gewebes veränderten, die Strukturen umbauten, die Werte verschoben und die Maßstäbe versetzten. Ohne dass man sich bis heute - zumindest in den alten Bundesländern - dessen wirklich bewusst ist.

Denn Schuld an der westdeutsche Neurose, so sah es Noelle-Neumann schon 1986, habe besonders die deutsche Teilung. „Das Gefühl vom Provisorium bleibt.“ In einem geteilten Land - mit einer solch aggressiven, mordlustigen und Größenwahnsinnigen Vergangenheit - könne sich kaum Nationalgefühl entwickeln, ließen sich schwer Kontinuitäten bei Werten und Traditionen halten. Das Verhältnis zum eigenen Land, zur eigenen Nation, blieb ein ungeklärtes. Zwar wollten 68 Prozent der Befragten damals, wenn sie die Entscheidung hätten, wieder als Deutsche, sprich als Westdeutsche, zur Welt kommen - nur 6 Prozent lehnten das ab. Aber während 79 Prozent der Amerikaner und 55 Prozent der Engländer angaben, stolz auf ihre Nationalität zu sein, fanden sich in der Bundesrepublik nur 21 Prozent dazu bereit - und die gehörten überwiegend den damals älteren Jahrgängen an.

Wenn die Neurose des Bundesdeutschen also tatsächlich auf der nationalen Teilung gründete, hat 1989 dann etwas geheilt und zu einer Gesundung geführt? Wirkte dieses Ereignis etwa wie das amerikanische Wundermittel Prozac, das Niedergeschlagene die Welt rosarot sehen lässt? War gar das letzte Jahrzehnt Spaßkultur eine endgültige Therapie gegen die bundesrepublikanische Depression? Jetzt sind wir geheilt und können uns - vom kranken Ego weg - den wahren Problemen einer vielversprechenden Nation zuwenden?

Tatsächlich indizierte die Shell-Jugendstudie, die 2002 erschien, dass zumindest die Haltungen vieler Jugendlicher in Deutschland seit der Wiedervereinigung „normaler“, also konventioneller, der hergebrachten Norm entsprechender geworden sind. Extreme Positionen seien bei jungen Bürgern im Vergleich zu den Shell-Studien der 1980er-Jahre seltener zu finden, schreiben die Wissenschaftler - sogar im Milieu der sonst besonders kritisch eingestellten Studenten. „Die Mentalität der Jugend hat sich insgesamt von einer eher gesellschaftskritischen Gruppe in Richtung gesellschaftliche Mitte verschoben.“ Traditionelle Werte wie Fleiß, Ordnung und Sicherheit seien wieder hoch angesehen. Man betone als Jugendlicher inzwischen stärker seine persönliche Leistungsbereitschaft und den Wunsch

und Willen, sich im Berufsleben eine Karriere zu erarbeiten. „Aufsteigen statt Aussteigen“ heiße jetzt das Motto. Auch der spätestens seit den 1960er-Jahren in Westdeutschland schwelende Konflikt zwischen Eltern und Kind sei mehr oder weniger gelöscht. Knapp 70 Prozent der befragten Jugendlichen wollen die Erziehung, die sie zu Hause erfahren haben, so oder ähnlich auch auf ihre eigenen, schon eingeplanten Kinder übertragen. Besonders neurotisch klingt das nicht mehr, eher gefestigt.

Aufblhen in der Neurose: die späte Bundesrepublik

Aber vermutlich muss man die bundesdeutsche Verletztheit vor 1989 gar nicht so negativ, so lamentierend einschätzen wie es Noelle-Neumann damals tat - und heute weiterhin viele Konservative tun. Denn aus dieser Haltung, die von der Meinungsforscherin pathologisiert wurde, entstand vieles, was Deutschland offensichtlich gut bekam: eine große Toleranz und Nachdenklichkeit, stärkere Beachtung sozialer Randgruppen und Wertschätzung sozialer Netze, Pazifismus, ein ausgeprägtes Sensorium für übertriebenes Nationalgefühl und - nicht zu vergessen - die kollektive Bereitschaft, sich der Vergangenheit zu stellen.

Es ist nicht so, dass die späte Bundesrepublik ausschließlich von Mutlosigkeit und Müdigkeit geprägt war. Im Gegenteil. Nur näherte sich mancher Westdeutscher - aufgrund traumatisierten Nationalstolzes und Misstrauens gegen den eigenen Staat und seine Institutionen - seinem Land auf eher unkonventionellem Wege: durch kritisches Engagement. Die 1980er-Jahre zeigten eine Hinwendung zur Bundesrepublik - wenn auch, zumindest im linken Lager, auf ganz neue Art: mit einer grundsätzlich zweifelnden, vieles in Frage stellenden Ausgangshaltung. Das tat aber der emsigen Aktivität keinen Abbruch.

Plötzlich fühlten sich viele für das Land zuständig: Lehrer, Postboten, Steineschmeier, Hausfrauen, Bürgermeister. Wer in den frühen 1980er-Jahren Atem hatte, seine Stimme zu erheben, gründete eine Bürgerinitiative. Wer Beine hatte loszulaufen, ging auf die Straße. Wer Hände hatte, einen Stift zu halten, unterschrieb eine Resolution. „Aufbrüche“ war damals ein beliebtes Wort, auch „mitmachen“ oder „aufstehen“. Es war der Anfang vom Abgesang auf die Totalverweigerung, dem Grundmotiv der 1970er-Jahre. Aber natürlich führte dies noch nicht zu einer Normalisierung im internationalen Sinne - nachdem in Ländern wie Frankreich, England oder Amerika die Nation ungebrochen mit Paraden und Flaggenschwren gefeiert wurde und wird.

Die Ergebnisse dieser Zeit waren neuartig, zum Beispiel gründete sich aus verschiedenen Bürgerinitiativen eine ungewöhnliche Partei. In eine unscheinbare graue Villa an der Bonner B9 zogen 1983 die Grünen ein. Bald flatterten grüne Fahnen vor dem Haus und im Fenster hingen Wahlplakate mit den bunten Fingerfarbenmotiven einer heilen alternativen Welt. Deren Refrain konnte man schnell im Schlaf singen. „Wir haben diese Welt von unseren Kindern nur geborgt.“ Gegenüber stand goliathgleich das weiße Hochhaus der CDU, warf seinen Schatten auf das Häuschen des kleinen David, noch grün hinter den Ohren, der den Großen, Alten mit Zwillie und Sonnenblumen den Kampf angesagt hatte. Auch der Riese fühlte sich für das Wohl des Landes verantwortlich, mehr noch, er wollte es vor der angeblich wertewandelnden Linken retten - zuhauf auch in der Enkel-SPD organisiert -, die so plötzlich in die kleine, beschauliche Provinzhauptstadt eingerückt war. Die einen riefen die geistig-moralische Wende aus. Die anderen bten den kabarettistischen „Scheibenwischer“-Blick auf die Mächtigen.

Ob rechts oder links, viele waren sich damals sicher: Was hier seit der Stunde Null entstanden war, hatte es in Deutschland noch nie gegeben. Soziale Sicherheit, Individualität, Zivilcourage, Toleranz, Wohlstand, historische Aufarbeitung - und das Ende eines maßlosen, mörderischen Nationalgefühls. „Postnational“ sei die Bundesrepublik, hieß es damals, auch „transnational“ oder „supranational“. Das Provisorium Deutschland tat den Deutschen gut. Offensichtlich brauchte man die deutsche Teilung, um sich auf das Land, dem man nach NS-Zeit, Holocaust und Zweitem Weltkrieg eigentlich misstraute, einzulassen. Zweigeteilt. Aber immer. Zweigeteilt hatte man weniger Angst vor sich selbst. Lieber zwei Bevölkerungen als ein deutsches Volk.

Verloren gingen dabei aber Interesse und Hoffnung auf eine mögliche, damals unmöglich scheinende Wiedervereinigung. Symptomatisch dafür ein Text von Dieter Wellershoff. Der Essayist sollte 1979 über Deutschland schreiben, stattdessen hielt er eine Grabrede auf seine Nation: „Deutschland. Es klang etwas in mir an, aber dunkel, formlos, ungreifbar, wie eine unverständlich gewordene Sprache. Das war so an verschiedenen Orten. Im Urlaubshaus in England, in einem Hotelzimmer in Berlin, in meinem Arbeitszimmer in Köln. Einmal schrieb ich einen Satz, mit dem ich mir meine Schwierigkeiten zu erklären versuchte. Ich schrieb ihn mitten auf ein leeres Blatt, als Vertretung aller anderen Sätze, die dort hätten stehen sollen und nun durch ihn zunichte gemacht wurden: ‚Deutschland gibt es nicht mehr.‘ Das war es. Mehr gab es darüber nicht zu sagen“. Er schlug damit die Tonart des nächsten Jahrzehnts an.

In den 1980er-Jahren hatte man sich sehr individuell eingerichtet auf der Sonnenseite der Mauer, hatte das Bauwerk bunt bemalt und witzig besprüht, so, als sei es nur eine Verlängerung der hübsch angepinselten Garagentore, Kindergartenwände oder Hausfassaden, eine bunte Friede-Freude-Eierkuchen-Vision, die sich über die gesamte Bundesrepublik legte. Die 68er waren endlich in den Institutionen angekommen, die Konservativen hatten sich in ihren Ämtern gehalten. Trotz Streitereien und öffentlicher Querelen, eigentlich war man mit seiner Bundesrepublik Mitte der 1980er-Jahre ganz zufrieden. Nur ging es nicht weiter - spätestens mit der Wiederwahl Helmut Kohls 1987 überzog das Gefühl von Stagnation das Land. Warum?

Viele glaubten, die Bundesrepublik müsse sich nun endlich selbst anerkennen - aufhören, Provisorium zu spielen und dafür ihre eigenwilligen Werte und gesellschaftlichen Maßstäbe festlegen. Etwas Neues sollte her, „die Gewinnung einer vernünftigen nationalen Identität in friedlicher und demokratischer Absicht“, wie der konservative Historiker Imanuel Geiß schrieb. Auf der linken Seite argumentierten Historiker wie Wolfgang Mommsen, es habe sich „im Windschatten der großen nationalen Frage“ ein neues Bewusstsein der Bundesdeutschen herausgebildet, das davon lebe, sich karikierend von überkommenen deutschen Eigenschaften abzusetzen. Nun gelte es, diese moderne Identität zu zementieren. Nur eine selbstbewusste und damit selbstbezogene Bundesrepublik wäre fit für die europäische Zukunft. Die grundgesetzliche Koppelung an Ostdeutschland war zur Last geworden, die man abwerfen wollte. Sie hielt die Bundesrepublik im Status des Provisoriums fest, der verhinderte, dass das Land den eingeschlagenen Weg - von Deutschland weg und zu Europa hin - fortschritt. Das Land war gesundet, nun sollte auch die Bevölkerung glücklicher, zuversichtlicher, optimistischer werden.

Besonders forsch wurde die Forderung „Grundgesetzänderung“ von linken Politikern und Intellektuellen vorgetragen, aber was die politischen Gegner als Argumente damals pflichtschuldig dagegenhielten, wirkte floskelhaft und lahm. Die unmittelbare Nachkriegszeit mit Kaltem Krieg und deutscher Teilung ging offensichtlich zu Ende: Inzwischen waren sich die Westdeutschen selbst genug. Vierzig Jahre nach Gründung des Staates empfanden es viele

an der Zeit, sich für das Erreichte bescheiden, aber auch stolz auf die Schulter zu klopfen - auch um den Preis, die Brüder und Schwestern in der Zone endgültig aus den Augen zu verlieren.

Das Ende der Postnation

Dann kam alles anders. Hatten viele im Sommer 1989 mit einer baldigen Abwahl Helmut Kohls und einem kommenden Kanzler Oskar Lafontaine gerechnet, der die Bundesrepublik - nach Jahren SPD-Abstinz von der Bundesmacht - endgültig zu einer besseren, gerechteren, linkeren Gesellschaft umbauen würde, bröckelte erst und fiel dann die Mauer. Und mit ihr stürzte die geschockte politische Linke in Ost und West in eine tiefe, tatsächlich depressive Krise. „Euch ist die DDR verloren gegangen, ohne dass das Neue schon sichtbar wäre. Aber wir Wessis haben genauso gut jahrzehntelang an der anderen Seite der Mauer gelehnt. So wussten wir, dass wir etwas Haltbares im Rücken haben und haben pfeifend gen Westen geguckt. Auch wir sind nach dem Fall der Mauer ein wenig umgefallen“, sprach die Grünen-Politikerin Antje Vollmer am 2. Oktober 1990 - einen Tag vor der offiziellen Wiedervereinigung - ihren engagierten linken Altersgenossen und politischen Mitstreitern im Deutschen Bundestag aus dem Herzen.

Die ewig Bewegten waren auf einmal selbst bewegungsunfähig. Zwar konnten sie noch eine Menge Blödsinn reden, aber „Aufstehen“ - wie es die *bots* in ihrer Bewegungshymne besungen hatten - konnten sie nicht. Die Aussicht, die Nation werde nun wie ein bleicher Zombie aus dem Film „Night of the living dead“ aus dem Grab wiederauferstehen, paralyisierte sie. Die Depression, die Noelle-Neumann vor 1989 allgemein den Westdeutschen unterstellt hatte, hatte jetzt die Linke gepackt. Denn offensichtlich war es genau diese angeblich neurotische Grundkonstellation gewesen, die diese Gruppe von Aktivisten angetrieben hatte. Schließlich lähmen Neurosen nicht nur, sie können auch manisch antreiben.

Ihr Traum der zwei postnationalen Republiken ging zu Bruch. Das geteilte Deutschland war ihre Heimat gewesen, hier - in den gemütlichen, überschaubaren Wartesälen der Geschichte - kannten sie jeweils jeden Zentimeter, jede Fuge, jede Unebenheit. Hier hatten ihre legendären Emanzipationsbewegungen ihren Ursprung gehabt. Erfolgreich hatten sie im Osten gegen den Geist des Stalinismus, mit dem sie unter Ulbricht aufgewachsen waren, und im Westen gegen die formierte der Gesellschaft der Adenauer-Zeit rebelliert. Beide Seiten wollten ihre Wartesäle zwar renovieren und das System reformieren, aber es nie gänzlich abschaffen: statt Sozialismus lieber Demokratischer Sozialismus, statt Demokratie besser Basisdemokratie.

Frustriert hockten die rund 40- bis 50-Jährigen im November 1989 auf den Sitzgelegenheiten in „D I“ und „D II“ - wie sich Gerhard Schröder noch im September 1989 ausdrückte, als ob es sich beim geteilten Deutschland tatsächlich um zwei Terminals einer Abflughalle handele - und mussten fassungslos zuschauen, wie die Zwischenwand und die Außenwände vom Volk weggehämmert wurden. Überall gaben schon Löcher den Blick nach drüben und draußen frei, Menschen steckten Kopf und Arme durch die Metallstäbe, mancher versuchte hindurchzuschlüpfen. Von allen Seiten drang der Klang des Klopfens auf die entnervten Revolutionäre von 1968 und 1989 ein. Aus dem Wartesaal D II erklang immer öfter die Nationalhymne, gesungen mal in der dritten, mal in der ersten Strophe. Auf den großen DDR-Demonstrationen im November und Dezember 1989 zeigte die Masse Flagge: schwarz-

rot-gold. Die führenden Köpfe der Linken hielten sich die Ohren zu, starrten demonstrativ auf den Boden und grummelten vor sich hin.

Inzwischen hat sich auch diese Gruppe vom Schock von 1989 und der Wiedervereinigung erholt, Rot-Grün ist seit über vier Jahren an der Macht und schickt sich an, die „Berliner Republik“ zu prägen. Sie übernahmen ein Land, das - ohne Grenze und Stacheldraht, mit einer offiziellen Hauptstadt und unbegrenzter Reisefreiheit für alle Bürger - ohne Frage normaler geworden war. Die Veränderung geschah still und heimlich, ohne dass dem besonders viel Aufmerksamkeit zuteil geworden wäre.

Doch inzwischen ist die Hoffnung, die Welt habe sich durch das Ende des Kalten Krieges und die Globalisierung so stark verändert, dass sich die gesellschaftlichen Koordinaten fast automatisch aus einer inneren Notwendigkeit heraus verschieben, geplatzt. Neuer Markt und Neue Mitte, Krieg in Osteuropa und 11. September veränderten für kurze Zeit die Realität so stark und eindeutig, dass die neue Regierung fast traumwandlerisch sicher darauf reagierte. So schienen Börsenhype und die vielen neu gegründeten IT-Unternehmen zwangsläufig die Gewerkschaften zu entmachten und die Gewichtung hin zu einer dynamischeren, aber auch aggressiveren Wirtschaft zu verlegen. Die weltweiten Bundeswehreinätze - ob in Jugoslawien oder später in Afghanistan - wirkten plötzlich wie eine unbestreitbare Notwendigkeit, um in einer blockfreien, unüberschaubareren Zeit für globalen Frieden und Ordnung zu sorgen. Deutschland durchlebte einen Wertewandel, verschob seine Maßstäbe, ohne lange darüber zu debattieren. Fast schien es, man könne jetzt selbstsicher voranschreiten, denn die Richtung sei längst vorgegeben. Ein Trugschluss.

Am Beginn der zweiten Legislaturperiode steht das Land nun doch vor den Problemen, die größtenteils noch aus der alten Bundesrepublik vererbt sind, und die sich teilweise durch die Wiedervereinigung verschärft haben: Reformen des Renten- und Gesundheitssystems, die Frage der Dichte des sozialen Netzes, die Rolle der Gewerkschaften, Verschuldung und Steuerpolitik. Nach den ersten Jahren „Aufbau Ost“, die noch Helmut Kohl prägte, und den letzten Jahren „Berliner Republik“, die ihre Versprechen bisher nicht erfüllten, ist man nun auf Althergebrachtes zurückgeworfen. Die Zeit der Ablenkung ist endgültig vorbei, jetzt geht es an den schmerzhaften gesellschaftlichen Umbau, der diskutiert werden will.

Aber die Voraussetzungen sind trotz schlechter Wirtschaftsdaten gut. Denn war die alte Bundesrepublik - glaubt man Umfragedaten Noelle-Neumanns - zwar ein sattes, aber zunehmend deprimiertes, müdes Land, so ist die Zeit inzwischen zwar hungriger und härter, aber auch wacher. Nur eine Voraussetzung muss für die kommenden Debatten noch erfüllt werden: Die Westdeutschen, die Bewohner der alten Bundesländer, müssen endlich begreifen, wie grundsätzlich die Wiedervereinigung auch ihr Leben und ihre Gesellschaft verändert hat - um danach alte und neue Zeit miteinander zu verbinden. In Ostdeutschland ist das längst geschehen.